



Nr. 17.

Breslau, Dienstag den 21. Januar

1845.

Verleger: Wilhelm Gottlieb Korn.

ReDACTEUR: R. Hilscher.

bekanntmachung.

Der zweijährige Lehrgang für Baumeister bei der Königl. Allgemeinen Bauschule beginnt am 1. April d. J. Nach den für diese Anstalt am 8. Sept. 1831 ertheilten Vorschriften muß die Anmeldung zur Aufnahme vor dem 15. März schriftlich bei mir eingehen und die Befähigung zugleich in der §. 3 und 4 bestimmten Art nachgewiesen sein. Im eigenen Interesse der sich Anmeldenden bemerke ich, daß sie wohl thun werden, sich vor ihrem Eintritt in die Anstalt mit dem Zeugniß zu versehen, daß sie sich als Feldmesser bewährt haben. Sie würden sonst nach beendigtem Lehrgang nicht gleich von der Königl. Ober-Bau-Deputation zur Prüfung als Architekten zugelassen werden, sondern sich jenes Zeugniß erst nachträglich erwerben müssen. (Vergl. §. 9 der Vorschriften für die Prüfung vom 8. Sept. 1831.) Die sämtlichen Verordnungen von diesem Tage sind bei dem Herrn Geh. Secretair Möhl in der Königl. Allgemeinen Bauschule nöthigenfalls zu haben. Was solche Ausländer anbetrifft, welche keine Ansprüche auf Anstellung im Königl. Preuß. Staatsdienste machen, so sind obige Vorschriften verhältnisweise dahin modifizirt worden, daß dieselben Behufs ihrer Aufnahme die daselbst vorgeschriebenen Schulzeugnisse, sowie die Prüfungszeugnisse als Preuß. Feldmesser nicht beizubringen brauchen. Für sie genügt mithin das Bestehen der §. 8 vorgeschriebenen Prüfung zur Aufnahme in die Lehranstalt. Alle übrigen Bestimmungen bleiben unverändert und für solche Ausländer wie für Inländer gleich. Berlin den 18. Januar 1845.

Beuth.

Übersicht der Nachrichten.

Berliner Briefe. Aus Königberg (Landtag) und vom Rhein (die Landtage). — Von der Mittel-Elbe (die preuß. Preßgesetze), Frankfurt a. M., Karlsruhe (Kammerverhandl. über Herstellung der Preßfreiheit), Darmstadt und Leipzig. — Schreiben aus Wien. — Schreiben aus Paris. — Aus Lissabon. — Schreiben aus London (O'Connell). — Schreiben aus Amsterdam. — Schreiben aus Brüssel. — Aus der Schweiz. — Aus Stockholm. — Aus Palermo. — Aus der Türkei. — Aus Amerika.

Inland.

Berlin, 19. Januar. — Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Obersten a. D. Weith und Arnold den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; so wie dem Major a. D. Ulrich und dem pensionirten Post-Commissarius Senger in Marienwerder den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Wirkl. Geh. Rath Beuth, so wie dem General-Steuер-Director Kühne und dem Ober-Präsidenten v. Schaper, die Anlegung resp. des Grosskreuzes und des Groß-Offizierkreuzes des ihnen von Sr. Majestät dem Könige der Belgier verliehenen Leopold-Ordens zu gestatten.

Der Kammerherr und Schloßhauptmann von Breslau, Graf v. Schaffgotsch, ist von Leipzig hier angekommen.

Ernennungen, Beförderungen und Versetzungen in der Armee. Melhorn, Rittm. zur Disposition, zuletzt im 1. Hus.-Regt., mit Beibehalt seines Verhältnisses bei der Thierarznei-Schule zu Berlin, dem 2. Ulan.-Regt. agr. v. Uechtritz, Pr.-Lt. und Adjut. der 3. Art.-Insp. zum Hauptm. ernannt. v. Necker, Sec.-Lt. vom 25. d. 11. Inf.-Regt. vers. Simba, Pr.-Lt. a. D. zuletzt Rechnungsführer des 1. Kür.-Regts., der Char. als Rittm. beigelegt. von Quadt, Gen.-Lt. a. D. das Command.-Kreuz, Lindow, Major und Genie-Director in Mainz, das Ritterkreuz des Leopold-Ordens, von des Kaisers von Österreich Majestät verliehen. — Bei der Landwehr: v. d. Wense, pens. Major a. D. zuletzt im ehem. 7. Schles.-Inf.-Regt., der Char. als Oberst-Lt. beigelegt. — Abschiedsbewilligungen: Weith, Oberst-Lt. von der 7ten, Arnold, Oberst-Lt. von der 8. Art.-Brig., beiden als

Obersten mit der Brig.-Unif. mit den vorschr. Abz. für Verabsch., mit Pension der Abschied bewilligt.

— Berlin, 17. Januar. — Unsre Vereins-Angelegenheit für die arbeitenden Klassen beschäftigen uns noch immer sehr lebhaft und nachhaltig. Die Sache hat in neuerster Zeit, obwohl sie nach den Verhandlungen der letzten General-Versammlung für die Zukunft nicht eben sehr erfreuliche Aussichten darbot, eine bessere Wendung genommen. Gestern fand eine vorbereitende Versammlung im Hotel de l'Europe statt, in welcher viel Ordnung und ein versöhnlicher Geist vorherrschte. Einstimmig erklärte sich diese vorbereitende Versammlung für die Offenheit aller Verhandlungen des Lokalvereins, insfern dieselben nicht bloß verwaltende Gegenstände betreffen. Uebrigens ist auch die Regierung für diese große Angelegenheit fortwährend günstig gestimmt und man glaubt, daß sobald die Beurtheilung der Statuten beendigt ist, auch eine schnelle Entscheidung von ihrer Seite erfolgen wird. — Die bereits beschlossene Eindämmung der Oder zwischen Freyenthal und Oderberg ist, wie wir aus sicherer Quelle erfahren, in Folge neuer Untersuchungen ganz aufgegeben worden. Man hatte sich in den Nivellements geirrt und bei reißlicher Überlegung gefunden, daß die projektierten Dämme der Gegend mehr schaden als nützen und vielleicht die Veranlassung sein würden, daß das Wasser, wenn dieselben einmal überstiegen wären, nicht mehr absiezen würde. So hat man wenigstens die Gewißheit, in wasserarmen Jahren eine gute Ernte, die in diesem Jahre gänzlich missglückt ist, machen zu können. Unter den obwaltenden Umständen bleibt es daher immer zu beklagen, daß man vor zwei Jahren, wo die Oder beinahe ganz versiegte war, nicht die Gelegenheit benutzt hat, das Flüßbett der ganzen Länge nach auszkräumen zu lassen. Viele Sandbänke und andere Hemmnisse wären mit verhältnismäßig geringen Kosten beseitigt worden. — Vor einigen Tagen ist hinsichtlich der Eisenbahn nach Ostpreußen im Staatsrath ein Beschlß gefaßt worden, der, wie man vermutet, dahin ausgefallen sein soll, daß dieselbe nicht auf Staatskosten, sondern durch eine Privatgesellschaft unter Zinsengarantie der Regierung ausgeführt werden soll, wahrscheinlich ist es jedoch, daß die Seehandlung dabei sich stark interessiren wird. Dies alles sind jedoch nur bloße Vermuthungen, denn mit Bestimmtheit weiß man nur, daß ein Beschlß gefaßt worden, kennt aber nicht einmal die Linie, die gewählt worden ist. — Die Berathungen wegen Begründung des Instituts städtischer Pfandbriefe gehen lebhaft vorwärts. Außer den ursprünglichen Begründern, dem geh. Kriegsrath Löß und Kammergerichts-Assessor Pohle, sollen sich auch der Kommerzienrath Epenstein und der Kreis-Justizrath Dr. Straß für die Sache interessiren. Dem Vernehmen nach ist Dr. Straß mit der Ausarbeitung einer kleinen Schrift über die Ausführbarkeit des Unternehmens beschäftigt. So groß auch die Schwierigkeiten sind, so möchte das Unternehmen, das in vieler Beziehung ein längst gefühltes Bedürfniß ist, gelingen, wenn die Regierung die Hand dazu bietet. Wenn dieselbe eine Unterstützung in baarem Gelde wie den ritterschaftlichen Kredit-Instituten gewährt und die Abschätzungen der Grundstücke überwacht, so dürfte das neue Papier bald die Gunst des Publikums um so mehr sich erwerben, als dasselbe auf eine pünktliche Zinszahlung mit Sicherheit rechnen darf.

*** Berlin, 18. Januar. — Gestern und heute sind für viele hundert Menschen in unserer Hauptstadt selbst zwei Tage der Hoffnung, und für viele natürlich auch einer falschen Täuschung, vorübergegangen. Liegt in ihnen doch der Zeitpunkt, wo die Einladungen zum Ordensfest eingehen und auch ausbleiben. Das gegenwärtige Ordensfest ist durch die besondere Aussicht, welche die Industriellen bei der Vertheilung der Orden und Ehrenzeichen, sich berücksichtigt zu sehen, haben, und andererseits durch den mittelst der Vergrößerung des weißen Saales gewonnenen weiteren Raum für die alten und neuen Ritter von dem vorjährigen verschieden. Auch versteht diesmal der General der Infanterie und General-Adjutant von Luck zum Erstenmal die Functionen eines Präsidenten der Gen.-Ordens-Congress. Dem Vernehmen nach wird der gegen-

wärtige hochverdiente und durch eine seltene Umsicht und Gewandtheit in den Geschäften bekannte Vorstand des allgemeinen Kriegsdepartements, Herr von Reyher, der, wie bekannt, auch längere Zeit als Chef des Generalstaabs in Breslau angestellt war, den Stern zum rothen Adler-Orden 2. Klasse erhalten. — Was die Wiederbesetzung des Oberpräsidentenpostens der Provinz Westphalen anbetrifft, so ist auch hier seit einigen Tagen die Nachricht verbreitet, daß es im Werke sei, den gegenwärtigen Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Herrn von Schaper nach Münster zu versetzen. Doch war diese Version auch bei Gelegenheit der letzten Erledigung des Oberpräsidentenpostens in Magdeburg, wahrscheinlich von derselben Seite veröffentlicht, ohne daß sie sich als Wahrheit erwies. In der Justizverwaltung und deren Personal sind in der letzten Zeit manigfache Veränderungen vorgekommen, sie betreffen jedoch meistens nur Nähe und Assessoren, doch hat das Oberlandesgericht zu Bromberg einen neuen Director in der Person des höheren Oberappellationsgerichts-Raths Mezke erhalten. In Beziehung auf die Verhältnisse des fremden diplomatischen Corps legt man jetzt in den höhern Kreisen die längere Abwesenheit und auch die von vielen Seiten gewünschte Rückkehr des außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers der nordamerikanischen Freistaaten, Herrn Wheaton, dahin aus, daß das Interregnum durch die Abwesenheit eines Gesandten, oder vielmehr durch die Erledigung des preußischen Gesandtschaftspostens in Washington herbeigeführt worden ist. Auf jeden Fall stimmt seine Rückkehr der Zeit nach, ganz mit der hier eingegangenen Nachricht überein, daß unser voriger Ministerresident in Mexiko dem Congress zu Washington sein Creditiv als diesseitiger Gesandter über gab. Unter solchen Umständen erwachen um so mehr die Hoffnungen, die Abschluß- und Ratificationssache durch die Ankunft beider Gesandten auf ihren Posten eine günstigere Wendung und erfreulicherem Fortgang nehmen zu sehen. Man fügt noch in unsern diplomatischen Kreisen die nicht unbegründete Vermuthung hinzu, daß ähnliche gesandtschaftliche Verhältnisse und eingetretene Verzögernungen auf die noch immer vergeblich erwartete Ankunft des Vicomte von Abrantes ihren Einfluß üben. Wie bekannt, werden schon seit langen Jahren die nothwendigen diplomatischen Geschäfte zwischen Brasilien und Preußen ebenso, wie zwischen Preußen und Spanien, nur durch die Consulate versehen. Wir lasen in einer Rheinischen Zeitung die Nachricht, daß der Fürst zu Solms-Hohensolms-Lich zwar zum Landtagsmarschall der Rheinischen Stände erwählt sei, aber bei der vorbereitenden Versammlung nicht fungieren werde. Der gedachte Fürst und Landtagsmarschall befindet sich noch in unserer Hauptstadt und in dem Kreise seiner Bekannten und selbst bei Hofe hört man durchaus nichts von einer Bestätigung jener Nachricht. In diesem Augenblick liegen, wie wir hören, vorzugsweise bei der höchsten Stelle die Angelegenheiten vor, welche sich auf die Vorbereitungen und Propositionen des Landtages zu Posen beziehen, wie denn schon vor einigen Tagen der Oberpräsident von Beurmann hier war, um die darauf bezüglichen Instructionen mündlich entgegen zu nehmen. Was neue Maßregeln in Beziehung auf die Centraladministration anbetrifft, so zieht in diesen Augenblick die Verschmelzung der acht Revisions-Collegien zur Regulirung der guisherrlichen und bauerlichen Verhältnisse, welche in diesem Wirkungskreise die 2. Instanz bildeten, in einen neuen obersten Gerichtshof, welcher den Namen „Revisions-Collegium für die Landeskultur“ führen wird, die Aufmerksamkeit auf sich. Man bezeichnet bereits einen bekannten höheren Justizbeamten als zum Präsidenten dieser neuen Central-Justizstelle designirt, und man glaubt, daß ihr zum Local das schöne Königliche Gebäude eingeräumt werden wird, welches an der Ecke der Schützen- und Jerusalems-Straße liegt, früher dem Oberberg-Amte angehörte und zuletzt als Dienstwohnung des Staatsministers von Ladenberg und zu den Büros und Kanzleien der 2. Abtheilung des Haus-Ministeriums, der Abtheilung der Verwaltung der Domänen, Forsten und Jagden diente. Die letztere hohe Staatsbehörde hat, wie wir zu seiner Zeit erwähnten, durch den Ankauf des großartigen Gebäudes der Kgl. gro-

ben Gold- und Silbermanufaktur ein neues und ge- räumiges Dienstlokal erhalten. — Die Freuden unseres Carnavals sind im guten Gange. Es reihen sich Assembleen, Bälle und Concerte, Redouten und Vergnügungen aller Art eng an einander, und es fehlt durchaus wieder nicht an Gelegenheiten, sich Genuss zu verschaffen, und — viel Geld auszugeben.

△ Berlin, 18. Januar. — Se. Majestät besuchen heute mit großem Gefolge den Krollschen Maskenball und werden dort soupirn. — An der gestrigen Börse wurde das Gerücht verbreitet und geglaubt, es sei bestimmt worden, daß die Königsberger Bahn sich an die Stettiner anschließe und über Stargard gehen werde. In Folge dieser Sage stiegen die Stettiner Actien und das Gerücht wird wohl auch schon nach Breslau gedrungen sein. Wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir behaupten, daß über die Richtung der Bahn noch nichts bestimmt sei und daß darüber noch Conferenzen hier stattfinden, zu denen der Oberpräsident von Preußen hinzugezogen wird. Der Letztere sieht sich hier mit großer Aufmerksamkeit behandelt und diniert abwechselnd beim Könige und beim Prinzen von Preußen. — So viel man vernimmt, werden beim morgenden Ordensfeste die Industriellen und die Anordner der Gewerbeausstellung bedacht. Herr v. Puttkammer erhält den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub. — Die Medaille, welche den Besitzern von Gewerbeausstellungs-Lotterielosen ausgetheilt wird, hat ein vortreffliches Gepräge; sinnreich ist die Germania mit der Inschrift: Seid einig. — Am 20. Januar feiert der Geh. Medizinalrath Wagner sein 25jähriges Jubiläum, am 21sten seinen Geburtstag; die Studirenden bereiten einen Fackelzug vor. — Die Posener Zeitung enthält eine Annonce, wonach Graf Raczyński, unser Gesandter in Lissabon, eine Quantität von Portweinflaschen nach den diesseitigen Staaten herübergewandt hat. Die Flasche wird zum Kostenpreise von 20 Sgr. verkauft, und die jedenfalls originelle Annonce ist vom Bevollmächtigten des Grafen unterzeichnet. — So weit man hier die Sachen kennt, möchte die Bestätigung der jüngsten Fürstbischofswahl weder hier noch in Rom Anstand finden.

Königsberg, 9. Januar. (Wes.-Z.) Der Zeitpunkt für die Eröffnung des Landtages ist nun definitiv bestimmt; sie findet den 9. Februar statt. An Petitionen und Anträgen wird es auch diesmal nicht fehlen. Das politische Leben in unserer Provinz entwickelt sich immer mehr; die Petitionen, welche für den diesmaligen Landtag vorbereitet sind, geben hievon ein vollgültiges Zeugniß. So wird von dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung von Königsberg unter anderem beantragt: größere Vertretung der Städte auf den Landtagen nach einem für die Städte günstigeren Prinzip, und für den Fall, daß der Landtag sich gegen eine Änderung des bisherigen Prinzipis erklären sollte, dennoch größere Vertretung der Städte; Einführung der Abstimmung auf den Landtagen in allen Fällen nach der absoluten Majorität; Änderung der Einrichtung, daß der Präses der Landtags-Commissionen ausschließlich aus dem ersten Stande ernannt wird; Einführung der Offentlichkeit und Mündlichkeit beim Criminalverfahren und Aufhebung des eximierten Gerichtsstandes; Offentlichkeit der Stadtverordnetenversammlungen für stimmbare Bürger; Emancipation der Juden; Pressefreiheit ohne Präventiv-Maßregeln; Modification des Gesetzes vom 29sten März v. J., soweit solches durch die in demselben ausgesprochene Versekzung oder Pensionirung der Justizbeamten im Disciplinarwege die Unabhängigkeit derselben gefährde; Lehrfreiheit. Die Stadt Elbing, welche nächst Königsberg unter den Städten unserer Provinz stets am Entschiedensten für den politischen Fortschritt thätig gewesen ist, stellt sich auch diesmal mit ihren Petitionen Königsberg würdig zur Seite. Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung von Elbing haben nämlich beschlossen, bei dem Landtage zu beantragen: eine offenere Sprache des Landtages; Offentlichkeit der Stadtverordnetenversammlungen; Tren-

nung der Justiz von der Administration; Einführung der Geschworenengerichte; Aufhebung des Kompetenz-Konfliktes; Aufhebung der Censur; Unabschließbarkeit der Richter; Emancipation der Juden; Abschaffung der Schlacht- und Mahlsteuer; Einführung einer Landgemeindeordnung; Aufhebung des Sundzolles. Auch von anderen Städten werden dergleichen oder ähnliche Petitionen dem Landtag überreicht werden und der Landtag wird Gelegenheit haben, aus denselben zu erkennen, was die Provinz von ihren Vertretern erwartet.

Vom Rhein, im Januar. (A. Z.) Die juristischen Fragen werden auch die nächsten Landtage vielfach beschäftigen, namentlich dürfte es den ältern Provinzen des Reichs zur Aufgabe werden, die Form des Verfahrens, Offentlichkeit und Mündlichkeit, zu berathen, indem eine Annäherung an die Gesetzgebung der Rheinländer allerdings beabsichtigt wird. Zweitens werden industrielle Gegenstände mancher Art das Interesse der Stände in Anspruch nehmen, und es ist gewiß in hohem Grade zu wünschen, daß, wenn dies auch anderweitig geschehen kann, doch auch durch die Stände, die Ansichten und Wünsche in Bezug auf deutschen Handel und Verkehr laut werden. Im verwickelten Jahre ist durch den Vertrag mit Belgien durch die rasche Förderung von Eisenbahnen manches Erhebliche geschehen; in Schlesien, in der Mark Brandenburg und in der Rheinprovinz werden diese Kommunikationen fleißig vorangebracht, die Herabsetzung des Briesporto ist ebenfalls theilweise eingetreten. Drittens dürfen auch confessionelle Punkte in Breslau, Münster, Koblenz debattirt werden, wir wissen nicht recht mit welchem Erfolge, weil sie leicht nur noch mehr aufregen als beruhigen möchten. In Schlesien wird wahrscheinlich, wenn die Fragen angeregt werden, das Gegentheil der rheinischen Ansichten zum Vorschein kommen. Ob sich andere, mehr allgemein-politische Petitionen aufzuhun werden? Leicht möglich, aber nur dann auszuführen, wenn etwas neues gesagt werden kann, denn abgelehnte Gegenstände können gesetzlich in einem folgenden Landtage nur dann befürwortet werden, wenn besondere neue Gründe dafür eintreten, oder wirklich neue Veranlassungen vorhanden sind.

Deutschland.

Von der Mittel-Elbe. (H. N. Z.) (Die preußische Pressegesetz und ihre Vertheidiger.) Ganz anders wäre dieselbe in ihrem Endresultate unzweifelhaft ausgefallen, wenn bei deren Abfassung die Stimme der Provinzial-Repräsentation gehört worden wäre. Auch ist kein gesetzlicher Grund vorhanden, dieser Formalität, welche nach den Grundgesetzen vom 22. Mai 1815 und vom 5. Juni 1823 bei allen gesetzlichen Bestimmungen, die das Eigenthum, die Person und die Steuern betreffen, vorgeschrieben ist, gerade in Presangelegenheiten nicht zu genügen. Die Spes. Z., die es noch immer nicht lassen kann, in das alte conservative Lager hinüber zu blicken, und der Rhein. Beob., der seine Inspirationen von der Hauptstadt erhält, sind zwar anderer Meinung und finden den jetzigen Zustand unvertrefflich. Beide glauben, daß unter den obwaltenden Umständen an eine Pressefreiheit nicht zu denken sei. Wir können aber, abgesehen davon, daß die Freiheit der Presse in der Bundesakte förmlich garantirt ist, dieser Meinung nicht im Entferntesten beitreten. Die deutschen und namentlich die preußischen Gerichte haben stets ihre Schuldigkeit streng erfüllt, so oft sie von den Regierungen bei Pressevergehen angezufen wurden. Die Furcht vor einer gewissen Strafe ist daher keine minder wirksame Schranke, um die Schriftsteller in den gesetzlichen Grenzen zu erhalten, als die Censur, wenn sie nicht planmäßig darauf ausgeht, auch gesetzlich erlaubte Ausserungen, was sie aber nicht thun darf, und auch nicht soll, zu unterdrücken. Die französische Presse hat übrigens längst den Beweis geführt, daß sie jetzt bei ihrer freien Selbstständigkeit lange nicht so paride und animos ist, als sie zu der Zeit war, da sie noch unter Censur stand. Was die etwanigen Beleidigungen der Nachbarstaaten betrifft, so können dieselben von den Staatsanwälten eifrig verfolgt und zur gesetzlichen Ahndung gezogen werden, wobei ihnen nie die öffentliche Meinung entgegen sein wird, wenn es sich wirklich um wahre Vergehen handelt, da jeder es wohl einfiebt, daß man sich mehr um die eigenen als fremden Angelegenheiten bekümbern und sich mit seinen Nachbarn so gut als möglich stellen soll. Man macht sich überhaupt von den Verleumdungen der Presse viel zu übertriebene Befürchtungen, die unter einem wohlgedachten Pressegesetz nicht eintreten können, wenn man nur einmal die Entschlossenheit zeigen möchte, ein solches zu promulgiren. Was ferner das Ober-Censurgericht betrifft, so steht dasselbe mit der Bundes-Akte im Widerspruche, welche in allen Rechts-Angelegenheiten drei Instanzen vorschreibt, und ist noch obendrein ein Ausnahmegericht, deren Mitglieder von den Ministerien präsentirt werden. Auch hier ist kein Grund sichtbar, um den gewöhnlichen, bereits constituirten Gerichten die Entscheidung zu entziehen und dies

um so weniger, als auch das Obercensurgericht nicht nach geheimen Instructionen, sondern nach den wirklichen Gesetzen verfahren soll. Schließlich müssen wir den Rheinischen Beobachter noch darauf aufmerksam machen, daß wir in Deutschland, um die periodische Presse in den gebührenden Schranken zu halten, nicht zu dem Cautionsystem der Franzosen zu greifen brauchen. In Frankreich kennt man, was der rheinische Publicist eher als wir hätte wissen sollen, kein ausschließliches Postsystem der Regierung, wie es in Deutschland der Fall ist, die Androhung des Verbots, mit der Post versandt werden zu dürfen, würde bei uns viel kräftiger wirken, als die Stellung einer hohen Geldcaution, wodurch die ganze Presse zulegt in die Hände der Geldmänner gerathen müßt. Wenn aber schon die formelle Seite der preußischen Pressegesetze einer radicalen Reform zu unterwerfen ist, so ist, unserer Meinung nach, der materielle Inhalt nicht minder unzureichend und beengend, obwohl es nicht zu läugnen ist, daß durch die Entscheidung des Ober-Censurgerichts einige Härten gemildert worden sind.

Frankfurt a. M., 12. Januar. (Brem. Z.) Als Motiv der Ablehnung des Antrags, dem Hrn. J. P. Wagner eine Schadloshaltung von 6000 Th. zu bewilligen, wird angeführt, daß dieses Zugeständnis leicht von andern ähnlichen Ansprüchen als ein Präcedens könnte geltend gemacht werden. Und wirklich ist es Thatsache, daß während der vorjährigen Session der Lehrer Dertel, der eine Broschüre über die Kaltwasser-Heilanthalten geschrieben, die Ueberreichung derselben an den Bundestag mit dem Gesuch begleitet hat, ihm dafür eine namhafte Remuneration zu ertheilen, ja ihn überdies für seine Person in den Adelsstand zu erheben!

Frankfurt, 16. Januar. — Der Senat hat dem bayerischen Professor Ludwig von Schwanthaler das Ehrenbürgererecht hiesiger freien Stadt ertheilt.

Karlsruhe, 14. Jan. Die „Mannh. Abendtg.“theilt in ihrer neuesten Nummer von der Debatte der zweiten Kammer über Herstellung der Pressefreiheit allein nachstehenden Vortrag des Abg. Treffurt mit: „Ich bin immer noch für Pressefreiheit, aber nicht dafür gewesen, daß auf diesem Landtage noch ein Pressegesetz vorgelegt werde, um so weniger, als unsere Regierung auch vorher mit dem deutschen Bund in Einverständniß sich sehen muß, obgleich dies eigentlich nicht von Rechts wegen zu geschehen hätte, die Kammer wird deßhalb auch nicht verlangen, daß unsere Regierung durch Hervorbringung dieses Pressegesetzes noch auf diesem Landtage in Opposition mit dem Bunde sich setze. — Ich bin zwar nicht mit Allem einverstanden, was der Herr Motionssteller und der Herr Berichterstatter ausgesprochen haben, enthalte mich jedoch einer näheren Kritik und will nur meine Ansicht von meinem Standpunkt aus vortragen. Ich fordere die Pressefreiheit nicht sowohl der badischen als vielmehr den übrigen deutschen Regierungen gegenüber, da unsere Regierung, nachdem sie das Pressegesetz von 1831 ausgegeben, es mit so viel Kraft, so lange es ging, gegen außen vertheidigte. Allein auch jene Regierungen durch schon oft genug gehörte Klagen und Schilderungen der bedenklichen und bitteren Stimmung der Völker bestimmen zu wollen, halte ich für unrecht und unangemessen, da jene Regierungen, nicht weil sie der Pressefreiheit abold sind, sondern durch die seit 1831 gemachten Erfahrungen die Pressefreiheit bis jetzt vorzuenthalten veranlaßt wurden. Da aber diese Regierungen doch glauben können, daß allgemeine Wohl fordere das Vorenthalten der Pressefreiheit, so wolle er, sagte der Redner, abgesehen von den Gründen des Rechts, von dem Standpunkte der Zweckmäßigkeit aus die Unstatthaftigkeit der Censur nachweisen. Dies werde ihm aber nicht durch die Ansicht von der Vortrefflichkeit unseres Pressegesetzes von 1831 erleichtert, da gerade jenes Gesetz, als ein höchst mißlungener Versuch gesetzgeberischer Weisheit, das entstandene Uebel hervorgebracht habe. Dessenungeachtet aber könne er die Mängelhaftigkeit jenes Pressegesetzes nicht als einen Grund gegen seine Forderung der Pressefreiheit gelten lassen. Man solle ein besseres Pressegesetz geben, eines, das durch die erforderliche Caution, die es bestimme, und nachmäßige Geldstrafen auch wirkliche Repressiv-Maßregeln gegen den Gebrauch der Presse darbietet. Wenn auch dadurch nicht eben Preschmäßtäcke verhindert werden können, so möge man bedenken, daß die Censur dies noch weniger vermöge. Das Wesen der Pressefreiheit werde sehr häufig von Denjenigen verkannt, welche in politischen Dingen eine Rolle spielen, besonders dadurch, daß sie die bloße Willkür mit der Freiheit verwechseln und jede Beschränkung dieser Willkür als eine Verkümmерung und Beeinträchtigung der Freiheit darstellen. Die Begriffswertwechselung habe sich auch bei Berathung unserer Strafgesetze gezeigt, allein der Irthum, welcher meinte, die Gesetze seien die besten, welche die als Freiheit gedachte individuelle Willkür am wenigsten beschränken, komme aus derselben mangelhaften Grundansicht, welche die Regierungen für die besten hält, die den Forderungen und Anmaßungen der Parteien am willigsten nachgeben. Gerade so sei auch die Ansicht der Regierungen falsch, welche diejenigen Verfassungen für die tüchtigsten und brauchbarsten halten, welche die Regierungsgewalt am wenigsten beschränken. Weil Dem nun so sei, so

werden wir zu jeder Zeit manche Missbräuche in unserem öffentlichen Leben haben, denn ein Grundfehler des Menschen sei die egoistische Besangenheit gegen eigene und Scharfsichtigkeit für fremde Fehler, deshalb artet auch sehr häufig die constitutionellen Factoren und Regierung in eine Leidenschaft und in ein Ringen nach Überwalt und Überwältigung und so stets in ein unvernünftiges und unsittliches Getriebe aus, dagegen schlägt aber nicht ein nur nach einer Seite gerichtetes Machtgebot (die Censur). Der ernste Vorwurf gegen die Censur sei wohl der, daß sie den einzigen wirksamen Weg der Abhülfe, die Gewinnung freier Ueberzeugung durch gegenseitige Belehrung, abschneide. Denn unter Censur werde sich eine auch noch so übelwollende Presse als unschuldig leibend darstellen und dadurch die öffentliche Meinung für sich gewinnen. Die Censur, auch noch so milde, werde stets den Feinden der Regierung eine Waffe sein und das Streben der Regierungsfreunde unwirksam machen; denn die öffentliche Meinung werde eben Partei gegen Diejenigen nehmen, welche gegen die durch Censur unterdrückte Partei kämpfen. Die Censur werde auch ferner nachtheilig dadurch, daß sie die Thätigkeit der Regierungsfreunde lähme, besonders dadurch, daß diese sehr oft die Sache der Regierung bereits durch die Censur hinlänglich für vertheidigt und geschützt wähnen. Ja dieser Wahn lähme in sehr vielen Fällen die Thätigkeit der aufrichtigen Regierungsfreunde und sei vielleicht der größte Nachtheil der Censur, weshalb er besonders deshalb mit den Anträgen der Commission einverstanden sei."

Darmstadt, 14. Jan. Die 2. Kammer der Stände nahm heute ihre Sitzungen wieder auf. Es wurde durch den Präsidenten eine Reihe neuer Eingaben bekannt gemacht.

Leipzig, 15. Januar. — Die Leipz. Ztg. theilt heute eine Bekanntmachung der Zoll- und Steuer-Direction mit, welche sich auf gewisse durch die Additonal-Akte vom 13. April v. J. verursachte Veränderungen in den Elbzollverhältnissen bezieht. Sie gibt nämlich die Modificationen an, welche unter verschiedenen Verhältnissen der Durchfuhr, Umladung, u. s. w. in dem für das ganze sächsische Flusgebiet auf sechs Neugroschen drei Pfennige festgestellten Elbzolle eintreten.

Oesterreich.

Wien, 11. Jan. (D. A. 3.) Die Jesuiten, denen bekanntlich bereits in einigen Städten Oesterreichs die gelehrt Schulen überantwortet sind, suchen sich auch der Philosophie zu bemühen. Soeben hat Pater Buschinski philosophische Instructionen herausgegeben, und man wünscht nur, daß diese Jesuitenphilosophie nicht als öffentliche Doctrin an die Stelle der bisher gelgenden Piaristenweltweisheit trete.

+ Wien, 18. Januar. — Se. Hoh. der hier residirende Herzog Ferdinand von Sachsen-Coburg, Bruder des Königs der Belgier, Vater des Königs von Portugal u. c., liegt seit einigen Tagen so bedenklich krank Barnieder, daß man wegen Erhaltung seines Lebens in Sorge ist. Es sind deshalb an die Söhne des erlauchten Kranken nach Paris und Lissabon Staffetten expediert worden. Der jüngste Sohn, Prinz Leopold, ist gegenwärtig das einzige am Krankenbett harrende Familienmitglied. — Se. Kais. Hoh. der neu ernannte commandirende General v. Oesterreich, Erzherzog Albrecht, hat gestern dieses Commando förmlich übernommen. — Aus St. Petersburg sind in den letzten Tagen über das Befinden F. M. der Kaiserin sehr betrübende Nachrichten hier eingegangen. — In den diplomatischen Kreisen, besonders zwischen den Repräsentanten Frankreichs und Preußens und der Staatskanzlei bemerkte man lebhafte Kommunikationen, wozu die Schweizer Wirren den Anlaß zu liefern scheinen.

Frankreich.

Paris, 13. Januar. (L. 3.) — Das Ministerium scheint in der Pairskammer rücksichtlich der Discussion über die Adresse, seines Siegs gewiß zu sein; die Pairie discutirt längst nicht mehr, sie gibt nur ihre Zustimmung. Doch ist in Hinsicht der Durchsuchungsverträge ein Amendement auf dem Bureau der Pairskammer niedergelegt worden, es lautet: „Die Kammer der Paars wünscht auf das Sehnlichste und Schleunigste den Tag herbei, wo eine seit langer Zeit begonnene Unterhandlung das Resultat giebt, unsere Marine wieder unter den ausschließlichen Schutz unserer Flagge zu stellen.“ Die Commission der Deputirtenkammer hat bereits beschlossen, in einem Paragraph der Adresse denselben Wunsch auszusprechen; es lagen bereits 2 Fassungen dieses Paragraphen vor, die jedoch ziemlich unbestimmt gehalten sind. — Die Algerie meldet, daß der Kaiser von Marocco die Hünptlinge, welche sich kürzlich der ersten Angriffe gegen die Franzosen schuldig gemacht hatten, in Folge der Stipulationen des Friedensvertrags, damit bestraft hat, daß er ihnen die Värte abrissen ließ. Die Franzosen finden diese Strafe zwar sehr human und mild, aber doch ziemlich ungenügend. Die französischen Tribunale haben im Jahre 1844 8122 Ehescheidungen und 15,019 Trennungen der Gü-

tergemeinschaft ausgesprochen. — Noch immer fehlen über hundert Deputirte; jedes Bureau soll 51 Mitglieder enthalten, bei der gegenwärtigen Prüfung des Budgets sieht man in den meisten Bureaus nur einige zwanzig Deputirte. — N. S. Wir erhalten so eben aus verlässlicher Quelle die Nachricht, daß das Ministerium seine ganze Hoffnung auf eine Nachgiebigkeit des englischen Cabinets setzt. Sogleich nach der Abstimmung über die Kammer service-präsidentschaft wendete sich Herr Guizot an Lord Aberdeen und erklärte ihm, die Existenz des Ministeriums sei gefährdet; er habe bis jetzt Alles aufgeboten, um das gute Einverständnis zwischen beiden Cabineten zu erhalten, allein die Stimme der öffentlichen Meinung sei stärker als er, und diese verlangt peremptorisch die Aufhebung, oder doch wenigstens die Modification der Durchsuchungsverträge; es sei also durchaus nötig, daß das englische Cabinet sich zu einigen Concessions verstände. Lord Aberdeen antwortete hierauf, daß er allein nichts thun könne, daß er jedoch im Ministerrath für Herrn Guizot's Ansicht sprechen werde. Der englische Ministerrath wird nächsten Donnerstag über diese Angelegenheit berathen; den Tag darauf kann das Ministerium durch den Telegraphen Nachricht von dem Resultate haben. Ist es günstig, so ist dies ein großer Sieg und die Existenz des Cabinets ist gesichert. In obigem Notenwechsel liegt auch die Ursache, warum das Cabinet die Adressdebatte so sehr hinausschiebt; man will erst die Entscheidung dieses letzten Versuchs abwarten.

* Paris, 14. Januar. — Die Besprechung über die Adresse begann gestern in der Pairskammer. Molé eröffnete die Sitzung mit einer wohlvorbereiteten Rede, worin er die Politik der Minister vorzüglich hinsichtlich der taitischen und der Schiffsdurchsuchungsangelegenheit tadelte, obwohl er hinzufügte, daß er sich von jeder Coalition gegen die Minister fern gehalten habe. Heut ist diese Rede und die extempore Antwort Guizot's der Gegenstand der leitenden Artikel unserer Blätter. Die Débats tabeln Molé natürlich gar sehr und behaupten, daß die Bitterkeit der Rede seine besten Freunde überrascht und betrübt habe. Andererseits wird Guizot gelobt. Der Globe verfährt ähnlich. Die Presse vertheidigt Molé, allein nicht in dem Grade, wie man von diesem Organe erwarten könnte. Der Constitutionnel ist der Meinung, daß Molé, obschon er dem Augenschein nach für seine Partei und sich selbst gesuchten habe, doch die Sache der anticonservativen Opposition führt. Der National tritt bei dieser Veranlassung stark gegen Guizot auf. Nach dem Courrier français verdient Molé's Rede den größten Beifall. Guizot war, sagt der Courrier, blaß, seine Stimme gezwungen und zögernd, seine Sprache hochmuthig und verlegen. Der Commerce allein von den oppositionellen Blättern ist nicht mit Molé's Rede zufrieden, da sie zu conservativ ausfallen. Das Siècle ist weder bitter gegen Guizot, noch lobt es Molé besonders. Die Quotidiens spricht nur ihre Verwunderung aus. Bei alledem möge man bedenken, daß Molé den Vortheil einer wohl überlegten, geschriebenen Rede gehabt hat, Guizot aber gezwungen war, aus dem Stegereife zu sprechen. Nach den oben gegebenen Revue der Journale bleibt es immer noch zweifelhaft, ob Molé siegen werde; ja dies ist noch viel zweifelhafter, als ob Guizot am Ruder bleiben wird. Letzteres dürfte immer noch nicht unwahrscheinlich sein, so hart auch der Kampf zu werden scheint.

Portugal.

Lissabon, 31. Dec. (D. A. 3.) Briefe aus Macao vom 28. Juni berichten Folgendes: „Am 17. Juni erschien in der Umgegend dieser Stadt der Vicekönig von Kanton, Kim, Mandarin ersten Ranges und zur kaiserlichen Familie gehörend, und wir hatten das Vergnügen, in Macao zu sehen, was nie dort geschenkt worden war; denn nie geschah es, daß eine chinesische Autorität so hohen Ranges als diese, oder auch nur eine untergeordnete den Gouverneur in seiner eigenen Residenz besucht hätte. Am 18. Juni zog er mit seinem Gefolge in die Stadt ein, besuchte den portugiesischen Bevollmächtigten, den Gouverneur und den amerikanischen Bevollmächtigten. In allen diesen Häusern wurden ihm Erfrischungen angeboten, welche er mit Vergnügen annahm und sich gegen Abend in seine Pagode in Moka zurückzog. Am 20. Juni verließ der Gouverneur um 11½ Uhr Worm. seine Residenz, von 18 Offizieren der Marine und des Bat. Landtruppen, dem Prokurator des Senats, dem Dolmetscher und Secretair begleitet, um sich zur Stunde, wenn derselbe ihn erwartete, im Palast des Vicekönigs einzufinden. Er wurde empfangen, wie nur irgend ein Fürst, einer der Potentaten unter den Nationen Europas empfangen werden könnte. Es erfolgten Geschlüsselten, Musik auf chinesische Manier, ein Spalier von Mandarinen, welche Alle umarmten, die eintraten, und der Vicekönig selbst kam an die Thür des ersten Saales, um den Gouverneur an den höchsten Ehrenplatz in der Pagode, welcher einem Altar gleich, zu führen. Nach Verlauf einer halben Stunde, nachdem der Vicekönig das Vergnügen ausgedrückt hatte, den Gouverneur an seiner Seite zu sehen, welchen er „einen guten Freund“ nannte, wurden wir in einen Saal geführt, worin ein prachtvolles Diner auf chinesische Weise folgender Art

servirt war: Der Vicekönig fasste die Hand des Gouverneurs, setzte ihn an seine rechte Seite und neben ihm den Prokurator des Senats; zur Linken saßen der Schatzmeister von Kanton, der erste Mandarin und Staatsrat, gegenüber die Commandanten der Brigg Tejo und des Bataillons; die übrigen Plätze der Tafel wurden durch die übrigen Offiziere und noch drei Mandarinen von hohem Range besetzt. Der erste Gang bestand aus dem Dessert und nachher kamen die Gerichte von Fleisch und Geflügel aller Art; außer verschiedenen und sonderbaren Schlüssen nach dem chinesischen Geschmacke; alles Dies mit diversen Süßigkeiten untermischt. Der Wein war aus China und Portugal. Während des Mahles erfährt der Vicekönig mit seinem Besteck (welches zwei Hölzer sind) ein Stück Fleisch und stopft es eigenhändig dem Gouverneur in den Mund, welches die übrigen Mandarinen mit den Offizieren befolgten, als Beweis der Brüderlichkeit. Der Gouverneur brachte eine Gesundheit auf das Wohl des Kaisers von China aus, da er sich in der Gegenwart eines seiner Verwandten und Repräsentanten befand, worauf der Vicekönig eine andere auf das der Königin von Portugal ausbrachte, womit das Diner schloß, welches beinahe dritthalb Stunden gedauert hatte. Kurze Zeit darauf zog sich der Gouverneur mit seinem Gefolge zurück und zwar mit denselben Ehrenbezeugungen, womit man ihn empfangen hatte.“

Großbritannien.

London, 10. Januar. (A. Pr. 3.) Handels-Nachrichten aus Colombo auf der Insel Ceylon melden daß der Prinz Waldemar daselbst am 18. November v. J. im Hafen von Point de Galle angekommen war und sofort eine Reise in das Innere der Insel angetreten hatte, von welcher Höchstderselbe gegen das Ende des Monats zurückwartet wurde. Zur Weiterreise nach Madras und Kalkutta war das Dampfschiff „Spitfire“ dem Prinzen zur Verfügung gestellt worden.

* London, 13. Januar. — Die Debatten der Kommission zur Untersuchung der Ansprüche des Königs von Hannover auf einen Theil der englischen Kronjuwelen fanden heut bei offenen Thüren statt. Das Resultat wird erst bekannt werden, nachdem es Th. Maj. vorgelegt worden.

London, 13. Januar. — Der Lord Primas und neun Bischöfe der anglikanischen Hochkirche haben einen öffentlichen Protest gegen das Regierungssystem in der Nationalerziehung erlassen, welches in den jetzigen Verhältnissen ein sehr bezeichnender Schritt ist. Während die Regierung sich abmüht, Willigkeit und Recht in die irischen Verhältnisse einzuführen und der katholischen Bevölkerung den Genuss erweiterten Rechten zu sichern, eisern die hochkirchlichen Kirchenhäupter gegen die Eingriffe in ihre vorgeblichen Rechte.

Der katholische Primas Dr. Crolly hat ein höchst wichtiges Schreiben an O'Connell erlassen. Es heißt darin: „Ich war schmerlich überrascht, zu finden, daß Sie die Behauptung gewagt, daß ein an mich vor einiger Zeit von der Propaganda gerichtetes Schreiben nicht ein kanonisches Dokument sei. Erlauben Sie mir die Versicherung, daß ich im Jahre 1839 von dem Kardinal-Präfekten der Propaganda eine Mitteilung ähnlichen Inhalts empfing, worin ich angewiesen wurde, einige mit Politik sich befassende Geistliche anzumahnen, welche bei öffentlichen Meetings so heftige Neden gehalten, daß sie nicht dem milden Geiste ihres heiligen Ministeriums entsprechend sein möchten. In Gemäßigkeit des Gebots des heiligen Stuhls bemühte ich mich, diese mißleiteten Geistlichen abzumahnen. Da aber meine brüderlichen Warnungen nicht die gewünschte Wirkung erzeugten, gebot Se. Heiligkeit der heil. Congregation, mir ein zweites Schreiben über denselben Gegenstand zu senden, damit ich diejenigen Priester oder Prälaten, welche ich einen hervorstechenden unvorsichtigen Anteil an politischem Treiben nehmen sehe, wissamer anmahnen möge.“ — Der Erzbischof berichtet ferner, daß alle Bischöfe Irlands einstimmig beschlossen hätten, ihr Benehmen nach diesen Vorschriften zu regeln und ihren Einfluß auf ihre Geistlichkeit zu gleichem Ende walten zu lassen. Als Beleg dazu läßt der Erzbischof den Brief der Propaganda vom 15. October 1844 folgen. Der Erzbischof Crolly schließt mit folgenden Worten: „Bezüglich des Concordats zwischen dem Papste und der britischen Regierung, welches in gerechter Weise beunruhigende Besorgnisse in den Gemüthern des Clerus und der Laienschaft Irlands erzeugte, kann ich nur auf die feierlichste Weise versichern, daß ich außer gerichtsweise nichts davon, weder direct noch indirect weiß, und daß ich im Verein mit den irischen Prälaten allen meinen Einfluß aufzuzeigen werde, um irgend einen solchen hinterlistigen Plan zu verhindern, welcher die Unabhängigkeit und Reinheit unserer heiligen Religion bedrohen würde.“

Der Dubliner Correspondent der Times schreibt: Die bedauerliche und zwieträchtige Agitation, das Werk des Herrn O'Connell und des Dr. Mc Hale gegen die höchst heilsame Gesetzgebungsmäßregel der Schenkungsbill scheint dauernde Wurzel geschlagen zu haben. Die alten Sectenkämpfe zwischen den Oranien- und

Grünmännern tragen noch den Stempel christlicher Milde und Duldung in Vergleich zu dem unmäßlichen Kriege, der jetzt die römisch-katholischen Bewohner Irlands in zwei feindliche Lager spaltet. Wie dies enden wird, kann Niemand gut vorhersagen. Viel, wenn nicht Alles, wird von der Fertigkeit der drei Prälaten abhängen, welche den ganzen Stoss des Ankampfes zu tragen haben, und können wir den umlaufenden Geschichten trauen, so ist alle Hoffnung dazu vorhanden, daß die bürgerliche und religiöse Ordnung am Ende triumphieren wird über die wilde Demokratie, welche einen Theil der katholischen Laien ergriffen hat.

Wir hören, daß ansehnliche Aufträge zum Ankauf von Getreide von England nach den Ostseehäfen abgegangen sind.

Niederlande.

* Amsterdam, 13. Januar. — Die Nachricht von der Unmöglichkeit des Kaisers von Russland hat heute sehr nachtheilig auf den Stand unseres Effektenmarktes gewirkt. Einige ansehnliche Verkäufe, die in russischen Fonds ausgeführt wurden, wodurch dieselben ein beträchtliches Sinken erlitten, haben sowohl auf den Stand unserer ins so wie aller ausländischen Effekten einen bedeutenden Einfluß gehabt.

Belgien.

Brüssel, 14. Jan. — In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer drückte sich Herr Verhaegen folgendermaßen über das Verlangen des Ministers um ein geheimes Comité aus: „Meine Herren! Ich habe es mir gelobt, an dem Tage wo noch einmal die Sprache von einem geheimen Comité sein würde, laut gegen das zu protestiren, was ich mit Recht einen wahrhaften Missbrauch nennen darf. Dieser Tag ist erschienen. Jedesmal, wenn das Ministerium sich in Verlegenheit befindet, und es eines Schlupfweges bedarf, nimmt es seine Zuflucht zu den verschlossenen Thüren, um sich so der Kontrolle des Landes zu entziehen. Sieht man ein solches Treiben etwa in Frankreich oder England? Ich kann mich nicht erinnern, daß dergleichen seit 1830 vorgekommen sei. Nach den früheren Vorgängen zu urtheilen, muß ich glauben, daß die letzten Versprechungen des Herren Nothomb erfolglos bleiben werden, weshalb er zum letzten Mittel, sich in der Gewalt zu erhalten, greift. Die verschlossenen Thüren! Wie sich aber auch die Majorität benehmen mag, ich erkläre zum Voraus, daß ich mich nicht verpflichtet glaube, still zu schweigen, und daß ich, wie meine übrigen Kollegen, die Wichtigkeit und die Notwendigkeit des Geheimhaltens einer Diskussion beurtheilen werde, welche das Land in zu hohem Grade interessirt.“

* Unsere Repräsentanten-Kammer besteht aus 96 Mitgliedern. Sie zählt bei einer ernstlichen Abstimmung: 5 Minister, 7 Gouverneurs, 5 Staatsanwalte, 1 General-Advokat, 4 Bezirks-Kommissaire, 3 Staatsminister, 2 Bergräthe, 1 Münzkommissär, 1 Gouverneur der Bank, 2 Bank-Kommissaire, im ganzen 31 absehbare Mitglieder, 9 unabsehbare und 9 Kommissaire allerhand Schäfes, die unmittelbar von den hohen Staatsbeamten abhängen, zusammen 49. 49 Mitglieder also, das heißt, mehr als die Majorität der Kammer beträgt, werden aufgerufen, sich über die ministerielle Politik auszusprechen, und diese Hälfte nimmt ihren Anteil aus dem Budget des Staates. Darf ein so schreiender Uebelstand noch länger fortbauern.

Schweden.

Schwyz, 11. Januar. — Außer der Organisirung des Landsturmes und der Anwerbung eines Corps Freiwilliger zur Bedienung der 4—6 kleinen Kanonen, die im inneren und äußeren Lande aufbewahrt werden, hat der Kantonsrath noch einige andere, an der Luzerner Conferenz vom 17ten bis 19. Dec. vorberathene Beschlüsse gefaßt. Es soll auch das Spionensystem und die polizeiliche Angeberet eingeführt werden. Dessen-

liche Blätter sind zwar noch nicht verboten, aber Vollmachten sollen ertheilt sein, die einem Verbote nicht nachstehen. Dessenfalls Gebete sind vom Kantonsrat wie von den bischöflichen Curie angeordnet. Wir möchten fragen, was zur Realisirung eines Religionskrieges noch mangelt. Wir möchten aber auch wissen, welcher Art der Gefährdung des Vaterlandes es noch bedürfe, damit die Bundesbehörden einzuschreiten für nötig finden.

Schweden.

Stockholm, 10. Januar. (Reichstag.) Wie wir schon gemeldet, beschäftigen sich die Stände mit den Zoll- und andern Abgaben. Im Adelstande am 8ten veranlaßte die Verhandlung über den Zeitungsstempel einen so äußerst heftigen Angriff des Grafen Björnsterne auf eine der Zeitungen, daß der Landmarschall sich genötigt sah, seinen Hammer zu gebrauchen und den Redner zu unterbrechen. Dasselbe widerfuhr Hrn. C. R. Tersmeden, der dem Hrn. Grafen antworten wollte. Die Erhöhung des Stempels ging mit 49 gegen 31 Stimmen durch. Der Bauernstand hat die Erhöhung des Zeitungsstempels mit der Mehrheit von Einer Stimme genehmigt. (Graf Björnsterne hatte im Adelstande, die Preßgesetzgebung in andern Staaten musternd, unter andern geäußert, daß er, was Spanien betreffe, nur so viel wisse, daß man dort an Einem Tage sieben Zeitungsschreiber in einen Brunnen geworfen, die aber, weil es Sonntag gewesen, niemand habe herausziehen wollen.)

Italien.

Palermo, 24. December. (A. Pr. 3.) Der immerfort rauchende, jedoch nicht, wie man es erwartet hatte, Feuer und Lava auswurfende Aetna ist allein von den Bergen der Insel mit Schnee bedeckt; übrigens ist Alles grün; der Regen hat Gebirge, Triften und Felder erfrischt, und nun herrscht laue Frühlingsluft, so daß sogar Beilchen, der immer grünen und immer Blüthen und Goldfrüchte bietenden Orangenbäume und Rosen nicht zu gedenken, hervorsprossen. Die Saaten waren etwas verspätet, nach vierzehntägigem Regen aber holen sie das Versäumte reichlich ein, so daß Alles jetzt schon eine reichliche Ernte hoffen läßt.

Omanisches Reich.

Von der serbischen Grenze, 2. Jan. (A. 3.) Die Untersuchungen in Folge des letzten Aufstandes werden noch immer mit so eiserner Strenge fortgesetzt, als wollte man die Freunde der Edmilie Obrenowitsch mit der Wurzel ausrotten. Am 23. Decbr. fiel dem Anhänger des Ex-Fürsten in dem ehemaligen Secretär des Fürsten Milosch, Stojan Stojanowitsch, die letzte Hauptstürze. Derselbe wurde bei Schabac im Angesicht von Mitroviz erschossen, nachdem er sich die Gnade ausgebeten, sich in Rakia zu berauschen. Sein Leichnam wurde am Ufer aufs Rad geslochten. Die 10 oder 12 längs des ganzen serbischen Ufers aufs Rad geslochtenen Leichname der Verschwörer scheinen der Theilnahme spottend zu sollen, die sich in der österreichischen Angrenzung für die Familie Obrenowitsch ausgesprochen hatte. Als unmächtige Drohung verbreitete sich durch die an den österreichischen Rastellen erscheinenden Seeben das Gerücht, daß man, wenn eine entsprechende Genugthung verweigert würde, zu Repressalien entschlossen sei. Wenn diese Drohung auch so gut als nichts zu bedeuten hat, so bezeichnet sie doch die Stimmung der herrschenden Partei gegen Österreich. Jedem, der Augen hat, fällt sehr auf, daß Russland hier immer mehr an Terrain gewinnt.

Uttwaria.

* Im Süden der Vereinigten Staaten scheint die Gesetzeslosigkeit oder vielmehr das Prinzip, den eigenen Willen zum Gesetz zu erheben nun im Großen Fuß zu fassen. Wir haben ein erbauliches Erempel vor uns. Der Senat von Süd-Carolina hat einstimmig beschlossen, daß die Berathung des Congresses in Washington über die Petitions zur Abschaffung der Sklaverei, als einem offensiven Eingriff in ihre Rechte, als ein entschiedener Schritt zum Umsturz ihrer Institution so wie zur Auflösung der Union angesehen werden müsse, dem sie sich nötigenfalls mit Gewalt zu widersetzen ent-

schlossen seien, um ihre alten Rechte und, wie sie es nennen, Freiheiten zu vertheidigen.

Wiseellen.

Prag. Dem. Sontag, die Schwester der Gräfin Rossi, wird, wie man hört, das Kloster, in welches sie vor einiger Zeit getreten ist, wieder verlassen.

Von der Elbe, 9. Januar. — Obgleich die im Jahre 1842 in Hamburg eingeführte Ladung Guano meist versuchsweise vergriffen ist, so treffen doch, dem Vernehmen nach, keine neuen Bestellungen ein, und es hat den Anschein, daß dieses Düngungsmittel unseren nördlichen Landwirthen nicht entspricht. Der hinderlichste Umstand bei dieser Düngerart wird wohl darin liegen, daß sie neben den großen Kosten keine Nachhaltigkeit zu bieten im Stande ist. In den „Verhandlungen des Vereins zur Förderung des Gartenbaues in den königl. preuß. Staaten“, 35. Lieferung, Berlin 1844, sind einige Erfahrungen über die Guano-Düngung mitgetheilt, welche der Major von Köckritz auf Mondshütz bei Wohlau gemacht hat. Aus seinen Mittheilungen geht hervor, daß er 1212 Pfund Guano von Hamburg bezogen, welcher 1 Meile von seinem Gute 1 Sgr. 7 1/4 Pf. das Pfund kostete. Mit diesem Guano wurden folgende vier Versuche angestellt: 1) Auf einem Morgen Wiese, welche der Nässe sehr unterworfen ist und Eisenoker zur Unterlage hat, wurden am 10. April 360 Pfund Guano, mit 225 Pfund Holzasche vermisch, gedüngt, und von dem gedüngten 8 Etr. 109 Pf., von dem ungedüngten Morgen 8 Etr. 37 Pf. Heu gewonnen, wogegen ein Morgen, mit 10 1/2 Scheffel Holzasche allein bestreut, 10 Etr. 68 Pf. Heu lieferte. 2) An demselben Tage wurde eine trockene, hochgelegene Wiese mit gleicher Unterlage, mit derselben Mischung und Quantität gedüngt, und ergab den gedüngten Morgen 9 Etr. 10 Pf., der ungedüngte 2 Etr. 62 Pf. Heu. 3) Auf einem Morgen schlechten, nicht kleefähigen Sandboden, der nur nach dreijähriger Ruhe besät wird, später mit Lupinen grün gedüngt werden soll und mit Kornsaat bestellt war, ergab dieselbe Mischung und Quantität 2 Schock 42 Gebung Einschnitt und 7 Scheffel 12 Mezen Ausdruck; der ungedüngte gleiche Boden dagegen nur 1 Schock 3 Gebund Einschnitt und 1 Scheff. 10 Mg. Ausdruck. Auch muß hinzugefügt werden, daß während letzterer fast gar keine Grasnarbe erzeugte, in ersterem schöne, grüne Weide steht. 4) Auf Weidebrache wurde 1 Morgen mit 180 Pf. Guano und 112 Pf. Asche bestreut. Die Gräser wuchsen bald üppig heran, wurden mit Beigieide von den Schafen abgeweidet und zeichneten sich noch vortheilhaft Anfangs September aus. 5) Bei den Runkelrüben, glaubt der Berichterstatter, müsse die dazu genommene Quantität zu groß gewesen sein, weil sie im Wachsthum auffallend zurückgeblieben seien, und der Versuch als verfehlt betrachtet werden müsse. Schließlich wird noch bemerkt, daß bei großer Trockenheit in Betreff der Grummeterne kein besonderer Erfolg zu sehen gewesen, und die Nachhaltigkeit des Guano müsse erst die Erfahrung beweisen. Im Großen angewendet, komme übrigens jedenfalls diese Düngung zu thuer, da der Morgen mit 360 Pf. Guano, ohne die Asche, 19 Thlr. 7 1/2 Sgr. und mit 225 Pf. Guano 12 Thlr. 11 1/4 Pf. koste. In trockenen Jahren, wie jenes von 1842, und auf trockenem Lande überhaupt, möchte der Guano von größerer Wirksamkeit sein, als unter entgegengesetzten Verhältnissen; allein es gehören noch viele Versuche dazu, ehe man mit Gewissheit herausstellen kann, was sein relativier und positiver Werth für uns sein möge. Payen hat neuerlich nachgewiesen, daß das im Großen getrocknete Blut 14, 87 Gewichtsprocente Stickstoff enthält, und werde in den französischen Colonien von den Pflanzern eben so gewürdig als Guano, welcher nur 13, 95 Gewichtsprocente Stickstoff enthalte. Dieser gelehrt Chemiker will ferner gefunden haben, daß die über London gekommenen Guanoproben höchstens 5, 4 Procente Stickstoff enthielten, und daß mithin zum Düngen einer Hectare Land 740 Kilogr. von diesem Guano erforderlich wären, während man vom direct, wahrscheinlich aus Peru bezogenen nur 285 Kilogr. gebrauche. (Köln. 3.)

5 Jahren hat sich der Verkehr in Liegniz so vermehrt, daß an den gewöhnlichen Wochenmärkten alle Straßen dicht gedrängt voll Wagen standen und die Verkäufer kaum Platz fanden. Man hat daher schon einige Märkte vor die Thore verlegen müssen, und jetzt soll auf dem Dössler'schen Wall wieder ein neuer Markt-platz planirt und eingerichtet werden. Die Stadtverordneten genehmigen den Antrag des Magistrats, betreffend die Uebernahme des zu angegebenem Zweck erworbene Terrains. — Dem Frauenverein werden für die Suppenvertheilungsanstalt 5 Klaftern Kiefern Holz bewilligt. — Im Jahre 1844 haben 106 Personen das Bürgerrecht erworben, worunter 7 Kaufleute, 24 Händler, 8 Schuhmacher, 7 Schneider und 7 Lischler sind. Von andern Gewerken suchte je einer oder zwei das Bürgerrecht nach. — Der Vorschlag des Magistrats, die Gewerbe-Steuerkasse mit der Stadt-Hauptkasse zu vereinigen, wird genehmigt. Die Versammlung lehnt es aber ab, für den Buchhalter der Stadt-Hauptkasse, mit Aufhebung der von ihm bisher bezogenen unbestimmten Tantieme der Feuer-Societäts-Kasse und Sparkasse im Betrage von etwa 50 Rthlr. eine bestimmte Gehaltszulage von 100 Rthlr. und für jeden der beiden Privat-Assistenten 50 Rthlr. Remuneration zu bewilligen, weil die Möglichkeit und Zuverlässigkeit der Fortbesitzung jener Tantieme ungewiß und von Conjecturen abhängig, auch der gegenwärtige Stand überhaupt solche erhebliche Gehaltszulagen nicht gestattet, so stellt die Versammlung die Hälfte der gesetzlichen Gewerbesteuerkassen-Tantieme (nämlich 2 pC. der aufkommenden Gewerbesteuer) zur Disposition für die bei der Verwaltung der Kasse thätigen Beamten. — Zum Zweck der Erweiterung des alten, noch überwölbten und sehr engen Breslauer Thors (Fortsetzung in der Beilage.)

Schlesischer Nouvelles-Courier.

Schlesische Communal-Angelegenheiten.

Liegniz, 15. Januar. — Die Stadtverordneten veröffentlichten von nun ihre Beschlüsse in beiden Blättern der Stadt, in dem Communal- und Intelligenz-Blatt und dem Stadtblatt. Wir heben das Wichtigste aus den letzten Beschlüssen hervor. Die letzte Wahlversammlung vom 18. November v. J. zeigte ein etwas günstigeres Resultat, als die früheren, indem von 958 stimmberechtigten Bürgern 696 erschienen. Früher war nur die Hälfte oder, wenn es hoch kam, das kleinere Zweidrittheil stimmfähiger Bürger beisammen. Die Stadtverordneten klagen, „daß ein beträchtlicher Theil der Bürgerschaft immer noch nicht die Wichtigkeit und Bedeutung des den Bürgern durch die Städteordnung verliehenen Rechts zur Wahl ihrer Vertreter erkennt“ und wünschen, „daß sich bei künftigen Veranlassungen ein immer lebendigerer Anteil an den Angelegenheiten der Commune offenbaren möge.“ — Seit ungefähr

Beilage zu № 17 der privilegierten Schlesischen Zeitung.

Dienstag den 21. Januar 1845.

(Fortsetzung.)

hat der Magistrat einen Situationsplan und ein umfassendes Projekt aufnehmen lassen, dessen Ausführung nach zuvor eingeholter Genehmigung der hohen Staatsbehörden beantragt wird. — Zur Berathung über die auf dem nächsten Landtage einzureichenden Petitionen wird eine Commission mit Buziehung des Landtags-Deputirten, bestehend aus dem Vorsteher, Protokollsführer und 7 Stadtverordneten ernannt. — Die betr. Sonnenbudenbesitzer haben sich immer noch nicht wegen Beleidigung ihrer Buden, die unsere beiden sehr schönen Marktplätze verunzieren, gütlich verständigt. Die Versammlung ermächtigt den Magistrat, nunmehr gegen die Budenbesitzer gerichtliche Klage zu erheben und die interistische Zurücksetzung an die Front des Hauptwachtgebäudes baldigst ins Werk zu setzen. — Der Antrag eines Bürgers, zu den städtischen Unterbeamtenstellen auch arme Bürger zuzulassen, wird in Erwägung gezogen. — Die Stadtverordneten in Glogau, Hirschberg und Schweidnitz haben ihre Verwaltungsberichte mitgetheilt, die mit vielem Interesse entgegen genommen wurden. Die Versammlung beschließt, denselben bei Zuferdigung der diesseitigen Berichte ihren Dank auszusprechen. — Auf den Antrag eines Stadtverordneten wurde beschlossen, die zum Vortrag bestimmten Gegenstände künftig den Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung einige Tage vor der Versammlung zur Information bekannt zu machen. Möchte auch ein Stadtverordneter bald beantragen, daß jene zu berathenden Gegenstände in den Lokalblättern angezeigt würden. Die Stadtverordneten-Versammlung zu Schweidnitz, mit der sich unsere Stadtverordneten in Verbindung gesetzt haben, kann hierbei als Beispiel vorleuchten.

* Schweidnitz, 16. Januar. — Ein Jeder hat beim Beginn eines neuen Zeitabschnittes seine eigene Wünsche, deren Befriedigung er so gern entgegen sieht; wie dürfte man es den Bürgern einer Stadt verdenken, wenn bei Anbruch eines neuen Jahres so manches Verlangen auf günstige Umgestaltungen im Communalleben laut wird. Das verwichene Jahr hat einen wesentlichen Fortschritt unseres bürgerlichen Sozialismus aufzuweisen, den wir rühmend den Acten der Geschichte überweisen. Das Vertrauen der Bürgerschaft zu ihren Vertretern ist durch Veröffentlichung der Beschlüsse der Stadtverordneten gehoben und die Theilnahme an der städtischen Verwaltung eine regere geworden. Früher war nur diese und jene Gesellschaft, in die sich ein Theil der Gemeindevertreter eklubbierte, der Ort, wo im Factionsgeist das Wohl der Bürgerschaft besprochen wurde und der Laie ruhig den Wortwechsel belauschte; jetzt widmet jeder Bürger, den materielle Bestrebungen für die Lagesfrage nicht theilnahmlos gemacht haben, den Verhandlungen über Communalangelegenheiten einige Aufmerksamkeit. Wir hoffen, daß die Gutachten, die über einzelne Zweige der Verwaltung von Seiten der Stadtverordneten seit dem neuen Jahre mit den obrigkeitlichen Bekanntmachungen, die jetzt so oft einen Tag später, als das Datum besagt, erscheinen, ausgegeben werden, nicht wenig dazu beitragen dürfen, das Augenmerk auf das Communalinteresse hinzuhalten. Wenigstens hat das kürzlich über den Bauertat für das Jahr 1845 veröffentlichte Gutachten zu vielseitigen Besprechungen Veranlassung geboten, und man hat wohl mit Recht in mehreren Punkten eine zu weit getriebene Dekonomie entdeckt. Das Princip der Ersparnis, das bei uns vorherrscht, dürfte nicht zu tadeln sein, wenn es da geltend gemacht würde, wo der Hauptzweck nicht beeinträchtigt wird; wenn es aber da in Anwendung gebracht wird, wo der pekuniäre Vortheil nur ein temporärer ist, und einem Uebelstande nicht auf längere Zeit abgeholfen wird, dann wird Dekonomie nur eine unfreiwilige Verschwendung. Es liegt also wohl in jedes Bürgers Interesse, zu wünschen, daß mit dem Stadthaushalt weise gewirthschaftet, aber auch da nicht gezeigt werde, wo die Mehrausgabe den daraus entspringenden Vortheil einleuchtend macht. Es wird sich uns, wie wir glauben, in Folge bei Besprechung über die Communalangelegenheiten öfters Anlaß bieten, unsern eben aufgestellten Satz durch weitere Deductionen zu bewahrheiten. — Wir haben ferner mit Freuden wahrgenommen, daß die Stadtverordnetenversammlung in Breslau, deren auf Veranlassung der zusammenberufenen Provinzialsynode Sr. Majestät überreichte Petition auch hier, wie in andern Städten, bei den Freunden des socialen Fortschritts lebhaften Anklang gefunden hat, so oft ihre wohlmeinende Sorge ber Körperlichen und geistigen Erziehung der Jugend und der Verbesserung der äußeren Stellung der Lehrer zuwendet wie die lebhaft zur Sprache gebrachte Erziehung und Pflege der Waisenkinder im Hospital zum heiligen Geist, der beabsichtigte Neubau der Bürgerschule in der Neustadt, die Gehaltserhöhung der Lehrer an der Realsschule beweist; möchten auch die Vertreter unserer Commune sich dergl. Gegenstände angelegener sein lassen. Ob die innere Einrichtung unserer Armen- und Waisenhäuser nicht Manches zu wünschen

übrig lasse, ob unsere Schulhäuser ihrem Zwecke entsprechen, ob die äußere Lage unserer Lehrer nicht wohlwollender Verbesserung harre, darüber wollen wir diesmal dem Erwagen und Ermessen der Herren Stadtverordneten nicht voregrenzen; aber „an ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen!“

Tagesgeschichte.

* Breslau. Die hiesige medicinische Facultät hat dem Reg.-Med.-Math. Dr. Ferne, in Gumbinnen, zu seinem 50jährigen Doctorjubiläum ein Ehrendiplom mit einem herzlichen Glückwunschschreiben überreichen lassen.

Wie wir hören, steht die Begründung eines neuen Gesangvereins, Eurythmia bevor, dessen Leitung die rühmlichst bekannte Signora Marochetti übernehmen wird. Die genannte Dame, über deren Fähigkeit zu einer tüchtigen Gesanglehrerin competente Kunstrichter des In- und Auslandes einig sind, ist übrigens dem musikalischen Publikum Breslau's noch in ehrenvollem Gedächtniß, da sie im Jahre 1833 als erste Contraltistin des Königs von Sardinien auf unserer Bühne als Arsace und Tancred durch künstgerechte Ausbildung der Stimme, fließenden Vortrag und Feuer der Darstellung allgemein entzückte, und somit heißen wir das neue Unternehmen willkommen, und glauben, ihm in unserer kunstliebenden Stadt ein günstiges Prognosticon stellen zu dürfen. (Bresl. Beob.)

† Am 13. d. Ms. brannte zu Ober-Görissen-Kreis Löwenberg das Wohngebäude nebst Pferde- und Kuhstall, sowie die Scheuer eines Bauern ab, wobei 2 Stück Schwarzbach und sämtliche Getreide-, Heu- und Strohvorräthe mit verbrannten.

* In der Beilage zu № 1 der privilegierten Schlesischen Zeitung vom 2. Januar d. J. berichtet ein Artikel: „Die Enthaltsamkeitssache in Schlesien. Um Schlusse des Jahres 1844 folgendes: „Die wenigen Freunde der Enthaltsamkeitssache in der schlesischen Provinzial-Synode durften es nicht wagen, die Enthaltsamkeitss-Angelegenheit zur Sprache zu bringen und zu empfehlen, weil sie eine heftige Opposition von Seiten ihrer Amtsbrüder befürchten mußten.“

Was in der schlesischen Provinzialsynode „zur Sprache zu bringen und zu empfehlen“ unmöglich oder doch gewagt erschien, das hat die vierte westphälische Provinzialsynode nicht bloß zur Sprache gebracht und gebilligt, sondern auch empfohlen; denn so heißt es in dem Sendschreiben derselben an die evangelischen Gemeinden in Westphalen, gezeichnet Soest den 11. October 1844 (Siehe allgemeine Kirchenzeitung 1844. №. 195).

„Wir hätten, geliebte Gemeinden, wohl noch Manches zu sagen, wir möchten noch warnen vor der um sich greifenden Vergnügungssucht, die den Weinberg Christi vielfach verwüstet, vor der Hoffneth, welcher Gott zu widerstehen gedroht hat, vor der Unmäßigkeit, die ein frühes Grab gräbt, vor der Unkeuschheit, die nur Gram und Herzleid zur Folge hat, vor der Entheiligung des Sonntags, welche den Segen des Herrn vertreibt, sowie vor Allem, was die Thüre des Himmelreiches zuschließt, dagegen euch ermuntern, nachzudenken alle dem, was gerecht, was wahrhaftig, was ehrbar, was keusch, was lieblich und was wohl lautet, auf daß ihr euren Christenstand zieret in allen Stücken. Indessen ist es nicht noth, euch das Alles im Einzelnen ausführlich noch vorzuhalten, vielmehr vertrauen wir, daß, so ihr dem Worte Gottes glaubet und gehorchet, euch die Salbung lehren und leiten werde, wie ihr wandeln sollt.“

„Wir bitten nur noch, die ihr Christi Glieder seid, daß ihr mit uns das Werk des Herrn eifrig treibet. Bedient euch des Schwertes, das in diesem Kampfe allein siegt, des Wortes Gottes, und unterstützt die Männer, die sich dazu vereinigt haben, dies Wort in Federmanns Hände zu bringen, das Evangelium aller

Kreatur predigen zu lassen, und schließet euch williglich an solche Vereine an, welche die Mäßigkeit zu einer allgemeinen Zierde und Tugend aller Christen zu machen sich beeifern und bestreben.“

* Liegnitz, 13. Janr. — Durch den Abgang des Vicepräsidenten Hen. v. Westphalen nach Stettin verlor der hiesige Gustav-Adolph-Verein sein Haupt und seine Stütze. Lange war er verwaist und sah sich um, wo ein eben so hochgestellter oder noch höher gestellter Präsident zu finden sei. Er fand diesen in der Person des neuen Chef-Präsidenten Hrn. v. Witzleben, der die auf ihn gefallene Wahl huldvoll annahm. Da der Verein ganz zweckmäßig nur innerhalb des hiesigen Regierungsbezirks agiert, so konnte keine bessere Wahl getroffen werden. Wer überseht so gut die Lage eines Distrikts, als derjenige, welchem alle statistischen Hilfsmittel zu Gebote stehen? Zahlen regieren die Welt und Pythagoras lebt trotz Kant und Hegel noch immer.

* Schweidnitz, 18. Januar. — Dem Bedürfnis einer Krankenheilanstalt, dem zu begegnen der Magistrat das auf dem Margarethenplan gelegene, der Commune gehörige Haus vor anderthalb Jahren schon hatte räumen lassen, ist inzwischen, da von Seite der Regierung auf die projectierte Besteuerung der Dienstboten, für die zunächst die Anstalt bestimmt sein sollte, nicht eingegangen wurde, durch ein Privatinstitut, das mit vieler Uneigennützigkeit von zwei hiesigen Aerzten begründet wurde, abgeholfen worden. Das Anrecht, in Krankheitsfällen einen Dienstboten in jener Anstalt unentgeltlich versiegen zu lassen, wird durch einen jährlichen Beitrag von 15 Sgr. erworben, und es ist natürlich, daß unter so billigen Bedingungen sich fast alle Herrschaften dabei interessirt haben. Eben so haben einzelne Mittel wegen Verpflegung der Gesellen mit den Unternehmern ein Abkommen geschlossen. Der eben ausgegebene Bericht über das Institut weiset nach, daß während des ersten Jahres des Bestehens 76 Kranke, nämlich 53 männliche und 23 weibliche, aufgenommen und verpflegt worden sind, und daß in Gemäßheit der betreffenden Statuten noch 219 Individuen als ambulante Kranke, unter ihnen 161 männliche, 58 weibliche Personen, ärztlichen Rath und unentgeltliche Arznei erhalten haben. Von diesen 295 Kranke wurden 285 geheilt, 3 gebessert entlassen, 7 starben.

Der D. A. J. wird aus Schlesien gemeldet: Das bisher in Reichenbach stationirte Bataillon ist zurückgezogen. Thatzache ist, daß es nirgends an Arbeit fehlt, ja eher an Weben für den vorhandenen Begehr. Die Lohnsätze sind nicht gestiegen, können auch nicht in die Höhe gehen, da die Waarenpreise sich nicht steigern; da aber die Nahrungsmittel wohlfeil sind, bedeutend wohlfeiler als in den vorigen Jahren, so ist es klar, daß die Arbeiter sich bei den gleichgebliebenen Lohnsätzen dennoch besser stehen als früher. Die Regierung geht damit um, eine angemessene Polizeiverwaltung in Langenbielau einzurichten

